

Vor diesem Hintergrund vermuten viele Kommentatoren, dass das Vorgehen der Behörden gegen Führungskräfte der Tageszeitung politisch motiviert sei. Zwar seien finanzielle Verfehlungen und Korruption in vielen chinesischen Medienorganisationen weit verbreitet, allerdings führten lokale Behörden Untersuchungen häufig nur bei Zeitungen durch, die sich den offiziellen Anordnungen der Regierung zur Berichterstattung widersetzen. Vertreter von Menschenrechtsorganisationen sehen in den jüngsten Verurteilungen ein neues Beispiel für die nach wie vor hohen Risiken chinesischer Journalisten, über politisch heikle Themen zu berichten.

Xu Zhiyong, der Anwalt des verurteilten Yu Huafeng, erklärte, dass es sich bei den angeblich veruntreuten Geldern seines Mandanten um rechtmäßige Bonuszahlungen handele. Xu wollte jedoch nicht bestätigen, dass die Strafverfolgung politischen Hintergrund habe.

Bereits Anfang März war eine ehemalige Chefredakteurin der Zeitung *Guangzhou Daily (Guangzhou Ribao)*, He Xiangqin, ebenfalls unter dem Vorwurf der Annahme von Bestechungsgeldern von einem Gericht in der Hauptstadt der Provinz Guangdong zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Auch in diesem Fall wird von Beobachtern der chinesischen Medienszene eine politische Motivation der lokalen Behörden nicht ausgeschlossen. (XNA, 9.3.04; FT, 22.3.04; ST, 11.3., 9.4.04; Arnold Zeitlin, „Provincial Politics and the Death of Free Media in China“, in: *China Brief*, vol. 4, issue 7, 1.4.04) -bk-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 13 Nationaler Volkskongress: Regierung folgt neuem Entwicklungskonzept

Die chinesische Regierung hat auch die diesjährige Sitzung des Nationalen Volkskongresses genutzt, um ihr besonderes Engagement für die sozialen Probleme des Landes hervorzuheben.

Ministerpräsident Wen Jiabao wies in allen drei Teilen seines Regierungsberichtes – im Rückblick auf das vergangene Jahr, in der Aufzählung der Aufgaben für 2004 und bei seinem Appell für eine verbesserte Regierungsarbeit – auf Erfolge und Probleme in sozialen Fragen hin (zum Wortlaut siehe [www.10thnpc.org.cn](http://www.10thnpc.org.cn)).

Im Rückblick auf das Jahr 2003 hob er vor allem die Erfolge im Kampf gegen SARS hervor. Die Regierung habe dem Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung höchste Priorität gegeben und unmittelbar Maßnahmen ergriffen. Weder hier noch im dritten Teil über die Verbesserung der Regierungsarbeit ging er allerdings auf das monatelange Verschweigen der ersten Krankheitsfälle ein, die nicht nur zur Verbreitung der Epidemie geführt, sondern auch dem Ansehen der Regierung im In- und Ausland geschadet hatten. Allenfalls indirekt machte er deutlich, dass man erkannt habe, aus dem Umgang mit SARS lernen zu wollen. So forderte er die schnelle Schaffung eines Reaktionsmechanismus in Notfällen sowie eine bessere Fähigkeit der Regierungen mit öffentlichen Krisen umzugehen. Auch sprach er sich dafür aus, dass die Regierungen eine Aufsicht durch die Massenmedien und die allgemeine Öffentlichkeit akzeptieren, die Bevölkerung mehr informieren und so die Transparenz der Regierungsarbeit erhöhen müssten. Als öffentliche Diener sollten Regierungsbeamte die Wahrheit sagen und keine Berichte fälschen.

SARS, so Wen, hatte die sozialen Probleme besonders deutlich gemacht, die das Ergebnis von Disparitäten in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind. Die Regierung habe daraufhin sofort reagiert und z.B. das öffentliche Gesundheitssystem durch Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel verbessert. Vor allem das ländliche Gesundheitswesen müsse gemeinsam mit den lokalen Regierungen ausgebaut werden. Das Gleiche gelte für das ländliche Bildungswesen.

Erfolge habe man auch im Beschäftigungsbereich erzielt; mit 8,59 Mio. neuen Anstellungen in den Städten und 4,4 Mio. wieder beschäftigten Arbeitskräften habe man mehr Jobs schaffen können als geplant. Vor allem habe man bei der Arbeitsplatzsu-

che von Hochschulabsolventen geholfen, die 2003 besonders viele waren, da es sich um den ersten Absolventenjahrgang nach der Ausweitung der Einschreibungen von 1999 gehandelt hat. Ende 2003 hatten immerhin 83% von ihnen eine Anstellung gefunden, 600.000 mehr als im Vorjahr.

Groß sei auch das Engagement der Regierung bei der Bekämpfung städtischer und ländlicher Armut gewesen. Sozialhilfezahlungen für städtische Arme seien von 4,6 Mrd. Yuan im Jahr 2002 auf 9,2 Mrd. Yuan gestiegen.

Trotz der genannten Erfolge, gestand Wen ein, seien die Menschen aber in einigen Bereichen noch unzufrieden und es werde noch eine lange Zeit dauern, bis auch die tief sitzenden Probleme beseitigt seien. „Das Einkommen der Bauern erhöht sich langsam; die Aufgaben der Beschäftigung und der Sozialabsicherung sind schwer; die Entwicklung der verschiedenen Gebiete ist ungleichmäßig; das Einkommensgefälle zwischen einigen Mitgliedern der Gesellschaft ist zu groß; die Belastung der Ressourcen und der Umwelt vergrößert sich.“ Außerdem kämen durch das beschleunigte Wirtschaftswachstum noch neue Probleme hinzu wie die weit verbreitete illegale Inanspruchnahme von Agrarland. „Die Entwicklung der sozialen Bereiche bleibt zurück, und die Beschwerden der Massen über die Schwierigkeiten beim Schulbesuch, beim Aufsuchen des Arztes usw. sind recht stark. Viele einkommensschwache Stadt- und Landbewohner haben noch recht große Schwierigkeiten in ihrem Leben. An einigen Orten kommt es häufig zu schwer wiegenden kriminellen Rechtsfällen. Schwere Unfälle ereignen sich in kürzeren Abständen und fügen den Volksmassen großen Verlust an Leben und Vermögen zu, was uns als eine äußerst einschneidende Lehre dient.“

Bei der weiteren Reform und Entwicklung sei das Jahr 2004 von entscheidender Bedeutung. Entwicklung habe weiter oberste Priorität, betonte Wen, führte dann aber ergänzend eine Reihe weiterer Grundsätze an, die deutlich machen, dass sich die chinesische Führung der Gefahren deutlich bewusst ist, die bei einer Vernachlässigung der sozialen Entwicklung drohen. So müsse man ein wissenschaftliches Konzept

von Entwicklung haben und „gemäß den Forderungen ‚der fünffachen einheitlichen Planung‘ (gemeint sind die einheitliche Planung der Entwicklung von Stadt und Land, verschiedener Regionen, von Wirtschaft und Gesellschaft, der harmonischen Entwicklung von Mensch und Natur sowie der inländischen Entwicklung und der Öffnung nach außen) der Globalsteuerung, der einheitlichen Planung unter Berücksichtigung aller Faktoren und der Idee vom Menschen als Maßstab“ mehr Beachtung zu schenken. Wichtig sei es, „zugespitzte Widersprüche in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und herausragende Probleme, die mit den vitalen Interessen der Volksmassen im Zusammenhang stehen, tatkräftig zu lösen“.

Im Einzelnen ging Wen dann u.a. erneut auf die zentralen Probleme Einkommensentwicklung, regionales Ungleichgewicht, Bildung und Wissenschaft, Gesundheit und Beschäftigung ein. Diese Bereiche bildeten auch Schwerpunkte in der Rede des Ministers der staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission, Ma Kai, der allerdings den Aussagen von Ministerpräsident Wen nichts Wesentliches hinzufügte.

#### NEUES ENTWICKLUNGSKONZEPT

Wenn es von den beiden Regierungsvertretern auch nicht explizit hervorgehoben wurde, so machen deren Reden doch deutlich, dass sich in der chinesischen Führung ein neues Verständnis von Entwicklung durchgesetzt hat, das die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gleichermaßen betont. Dieses „wissenschaftliche Konzept von Entwicklung“ (*kezue fazhan guan*) zielt auf die „umfassende und koordinierte“ (*quanmian he xietiao*) ökonomische und soziale Entwicklung ab, die beide einander ergänzen sollen. Das neue Entwicklungskonzept stand im Februar im Mittelpunkt der Reden zur Eröffnung eines Seminars für hochrangige Provinz- und Ministeriumskader an der ZK-Parteischule. In seiner Eröffnungsrede hob Ministerpräsident Wen am 21.2. hervor, dass die Umsetzung des Konzepts, das vom ZK unter seinem Generalsekretär Hu Jintao entwickelt worden sei, entscheidend sei, um die Widersprüche und Probleme zu lösen, die im Verlaufe der weiteren schnellen Entwicklung entstehen werden. Und er

nannte besonders die größer werdende Kluft zwischen Stadt und Land, die regionalen Ungleichgewichte, den Druck durch die hohe Arbeitslosigkeit und das fehlende soziale Sicherungsnetz. Wenn China bis zum Jahre 2020 sein Pro-Kopf-BIP von derzeit 1.000 US\$ auf 3.000 US\$ steigern wolle, könne es nach den Erfahrungen anderer Länder zwei Wege gehen: Der eine bedeute reibungslose wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie einen leichten Übergang zu Industrialisierung und Modernisierung; der andere führe zu einer immer größeren Kluft zwischen Arm und Reich, zu hoher Arbeitslosigkeit, größeren sozialen und wirtschaftlichen Konflikten und letztlich sozialen Aufständen und Rückschritt. Die einzige Möglichkeit, den zweiten Weg zu vermeiden, sei die Anwendung des neuen Entwicklungskonzepts. Dieses besteht im Wesentlichen aus sieben Leitsätzen: An erster Stelle steht das Bekenntnis, den Schwerpunkt weiter und langfristig auf relativ schnelles Wirtschaftswachstum legen zu wollen. Dann folgen Forderungen zur koordinierten Entwicklung in fünf Bereichen, die Wen in seinem NVK-Bericht als „fünffache einheitliche Planung“ bezeichnete (s.o.); schließlich wird hervorgehoben, dass bei allem der Mensch im Mittelpunkt stehen müsse. Daraus ergebe sich z.B. auch ein neues Beurteilungssystem für Beamte, die nicht mehr allein nach wirtschaftlichen Kennziffern, sondern auf der Grundlage der öffentlichen Meinung bewertet werden sollen (XNA, 29.2.04). Das von allen sozialen Problemen die Entwicklungsdefizite auf dem Lande die gravierendsten sind, hob Hu Jintao auf einer kollektiven Studiensitzung des Politbüros hervor (GMRB, 31.3.04).

In verschiedenen Kommentaren der Nachrichtenagentur Xinhua oder in der *Volkszeitung* wird deutlich, dass die politische Führung dieses neue Konzept entwickelt hat und durchsetzen will, da sie angesichts einer immer komplizierteren wirtschaftlichen und sozialen Umwelt ernsthaft soziale Verwerfungen befürchtet. Dabei will sie allerdings eine deutliche Kritik an der Vernachlässigung der sozialen Frage durch ihre Vorgänger vermeiden. Das neue Konzept baue, so wird erklärt, auf dem Denken von Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin auf. Die Frage, ob man Entwick-

lung wolle, sei geklärt; jetzt bedürfe es einer Antwort auf das Problem nach der Art der Entwicklung. Man habe heute erkannt, dass Wirtschaftswachstum allein noch nicht Entwicklung bedeute. Die mit dieser Aussage verbundene Kritik an den bisherigen Entwicklungskonzepten wird dann versucht abzumildern: Auch Deng Xiaoping und Jiang Zemin hätten soziale Entwicklung in ihre Entwicklungskonzepte einbezogen, wenn sie auch die wirtschaftliche Entwicklung an die erste Stelle gesetzt hätten; unter ihrer Anleitung habe China ebenfalls bemerkenswerte soziale Erfolge erzielt. Allerdings könne nicht geleugnet werden, dass „gewisse Kader die Beziehungen zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung missverstehen“. Soziale Entwicklung schließe nicht nur Wissenschaft, Technologie, Bildung, Kultur und Gesundheit ein, sondern auch Beschäftigung, soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, öffentliche Ordnung, Verwaltung und soziale Harmonie; darüber hinaus aber auch Fortschritte im demokratischen Rechtssystem, in der geistigen Zivilisation, der Sozialstruktur und im Gesellschaftssystem. Ohne größere Beachtung der sozialen Frage könne China sein Ziel einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ (*xiaokang shehui*) nicht erreichen und es werde auch schwierig werden, die Wirtschaftsentwicklung dauerhaft und gesund fortzusetzen. Dies sei in besonderem Maße durch den SARS-Ausbruch verdeutlicht worden (XNA, 21.2.04, nach BBC PF, 23.2.04; XNA, 9.3.04, nach BBC EF, 10.3.04; RMRB online, 25., 26.3.04).

#### FÖRDERUNG VON PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Die Parteiführung begnügt sich allerdings nicht nur mit dem Hinweis auf die ideologischen Vordenker, sondern versucht auch, sich durch eine Förderung theoretischer Studien im Rahmen der marxistisch-leninistischen Ideologie abzusichern. Dieses Bemühen geht einher mit der Erkenntnis, dass die sozialwissenschaftliche Forschung wichtige Beiträge zur Lösung der sozialen Probleme liefern kann. Man halte, so Wen auf dem NVK, die Sozial- und Naturwissenschaften nicht nur für gleichermaßen wichtig, sondern wolle auch die wichtige Rolle von „Philosophie und Sozialwissenschaften“ (*zhexue shehui kezue*)

für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voll zur Geltung bringen.

Am 21. März veröffentlichte die *Guanmin Ribao* „Ansichten (des ZK der KPCh) zur weiteren blühenden Entwicklung von Philosophie und Sozialwissenschaften“. Darin wird darauf hingewiesen, dass diese Wissenschaften (darunter Politische Ökonomie, Politikwissenschaften, Soziologie, Rechtswissenschaften und Medienwissenschaften) mit den Naturwissenschaften gleichwertig seien und bei der Entwicklung Chinas zu einer modernen Gesellschaft mit „bescheidenem Wohlstand“ eine unverzichtbare Rolle spielen. Versucht wird ein Spagat: Einerseits sollen der Marxismus und außerdem die Ideen von Mao, Deng und Jiang weiterhin die ideologische Grundlage bilden, andererseits soll ausgehend von praktischen Herausforderungen theoretische Innovation betrieben werden. Deutlich wird, dass die Partei zumindest zweierlei braucht: erstens leistungsfähige und international anschlussfähige Wissenschaften und Wissenschaftler, die „neue Ideen, neue Konzepte und neue Thesen“ über den Aufbau des Sozialismus und der Partei (!) entwickeln können, sowie zweitens eine ideologische Rechtfertigung für das gegenwärtige Handeln. Philosophie und Sozialwissenschaften sollen zum „Ideenreservoir“ (*sixiangku*) und zu „weisen Ratgebern“ (*zhinangtuan*) von Partei und Regierung werden (GMRB, 21.3.04). -gs-

#### 14 Nationaler Volkskongress: Einkommensschere verringern und Situation der Bauernarbeiter verbessern

Bereits an zweiter Stelle in der Aufgabenliste der Regierung für 2004 nannte Ministerpräsident Wen Jiabao die Festigung der Stellung der Landwirtschaft als Grundlage der Volkswirtschaft und die Erhöhung der bäuerlichen Einkommen. Hatte er unter Punkt 1 zur Unterstützung einer stabilen und schnellen wirtschaftlichen Entwicklung davon gesprochen, die Einkommen von städtischer und ländlicher Bevölkerung heben sowie deren Kaufkraft steigern zu wollen, so machte er darauf folgend sofort deutlich, dass die Lösung der „sannong“-Problematik (*nongye*/Landwirtschaft, *nong-*

*cun*/ländliche Gebiete, *nongmin*/Bauern) höchste Beachtung in der gesamten Regierungsarbeit haben müsse. Wichtig seien effektive Maßnahmen zur Erhöhung ländlicher Einkommen und für eine ausgeglichene Entwicklung in Stadt und Land.

Unter anderem forderte Wen, das strikteste System zum Schutz von Ackerland einzuführen und dessen illegale Nutzung resolut zu beenden. Die Beschäftigungssituation ländlicher Arbeitskräfte in den Städten müsse verbessert und ihre Ausbildungsmöglichkeiten erweitert werden; auch müssten noch mehr Arbeitsmöglichkeiten für sie geschaffen werden. Den armen Bauern müsse weiterhin auf verschiedenen Wegen geholfen werden, z.B. durch ihre Beschäftigung in Infrastrukturprojekten oder durch die Ausweitung von Mikrokrediten.

Die Einkommensschere wird inzwischen von Fachleuten als gefährlich und destabilisierend angesehen. Nach Angaben des Nationalen Statistikbüros ist der Gini-Koeffizient, ein Maß für soziale Ungleichheit, von 0,282 im Jahre 1991 auf 0,46 im Jahre 2003 gestiegen. Das bedeutet, dass derzeit weniger als 20% der Bevölkerung über 80% des sozialen Reichtums auf sich vereinen; wobei Fachleute annehmen, dass dies noch zu niedrig angesetzt ist. Einige Medien veröffentlichten im letzten Jahr eine Aufstellung der „400 reichsten Chinesen“; ihr Vermögen lag mit 301,1 Mrd. Yuan dreimal höher als das BIP der Provinz Guizhou im Jahre 2000. Das durchschnittliche Einkommen der Städter lag im Jahre 2003 bei 8.472 Yuan, während es auf dem Lande nur 2.622 Yuan betrug. Dementsprechend legt die Regierung großes Gewicht auf die Steigerung der bäuerlichen Einkommen (siehe auch C.a., 2004/2, Ü 27).

Auf die Probleme der Bauern weist auch ein derzeitiger Bestseller mit dem Titel *Nongmin Diaocha* (Untersuchungsbericht über die Bauern) von Chen Guidi und Wu Chuntao hin, der u.a. direkt korrupte und tyrannische Lokalkader angreift, die für die Leiden der Bauern verantwortlich seien. (XNA, 1.3.04; WSJ, 2.3.04; RMRB online, 18.3.04; IHT, 25.3.04) -gs-

#### 15 Nationaler Volkskongress: Wissenschaft und Bildung stärken

Ministerpräsident Wen hob in seinem Bericht die große Bedeutung hervor, die Wissenschaft und Bildung für die weitere Entwicklung Chinas haben. Vor allem in den ländlichen Gebieten sollten die Anstrengungen erhöht werden, die 9-jährige Pflichtschulbildung durchzusetzen. Auch wolle die Regierung in diesem Jahr damit beginnen, in den Westregionen Chinas die 9-jährige Schulbildung zu ermöglichen und Analphabetentum unter Erwachsenen bis zum Jahre 2007 im Grunde zu beseitigen. Dafür werde die Zentralregierung 10 Mrd. Yuan zur Verfügung stellen. Für die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie wolle man einen mittel- und langfristigen Plan für die nächsten 15 Jahre erstellen.

Am 31. März veröffentlichte die *Volkszeitung* einen Aktionsplan des Bildungsministeriums (vom 10.2.04) über die Aufgaben im Bildungswesen für die Jahre bis 2007, der u.a. durch die Bereitstellung von mehr Finanzmitteln zur Beschleunigung des Bildungsausbaus beitragen soll (RMRB, 31.3.04). Das allgemeine Bildungsniveau, so wird darin einleitend beklagt, sei angesichts der gesteckten Entwicklungsziele bei weitem zu niedrig. Die Aufgabe sei daher, ein modernes Bildungswesen zu schaffen, das die Grundlage bilde für eine lernende Gesellschaft, in der das gesamte Volk lebenslang lerne (*quanmin xuexi, zhongshen xuexi de xuexixing shehui*); auf verschiedenste Arten und mit verschiedensten Mitteln sollten hochqualifizierte Arbeitskräfte, Fach- und Führungskräfte sowie innovative Spitzenkräfte herangebildet werden, um so den Druck einer großen Bevölkerung in ein reichhaltiges Humankapital umzuwandeln. Derzeit werden laut Bildungsminister Zhou Ji 3,41% des BIP für Bildung ausgegeben, bis 2007 sollen dies 4% sein (vgl. XNA, 24.3.04).

Konkret werden dann 14 Aufgabenbereiche mit insgesamt 50 Unterpunkten beschrieben, von denen hier einige genannt werden sollen. Sie wurden vom Bildungsminister auf einer Pressekonferenz erläutert (XNA, 24.3.04):

### 1. Entwicklung und Reform des Bildungswesens auf dem Lande

Unter anderem soll bis zum Jahre 2020 die 9-jährige Pflichtschule überall verwirklicht sein; Berufsbildung und Erwachsenenbildung sollen entwickelt werden, die Verantwortung für die Pflichtschulen soll den Kreisen übertragen werden, arme Bauernfamilien sollen direkt und durch Gebührenbefreiung unterstützt werden, die Qualität der Grundschullehrer soll gehoben und Fernbildung verstärkt werden. Die chinesische Regierung will in den nächsten Jahren mehr zentrale Finanzmittel zur Verfügung stellen, um die ländliche Bildung zu fördern. Aus dem zentralen Haushalt sollen ca. 60% der lokalen Bildungsausgaben und 78% der Lehrergehälter beglichen werden.

### 2. Aufbau von Spitzenhochschulen und Schwerpunktwissenschaften

Der Aufbau international wettbewerbsfähiger Spitzenhochschulen ist strategisches Ziel von Partei und Regierung und der Maßnahmeplan fordert die Fortsetzung der entsprechenden Projekte „985“ und „211“. Ebenso sollen die weiteren Pläne zur Heranbildung von „hochkreativen Talenten“ und des wissenschaftlichen Nachwuchses, zur Förderung von Naturwissenschaften und Technik sowie von Philosophie und Sozialwissenschaften umgesetzt werden.

### 3. Umsetzung des „Projekts der Qualitätsbildung im neuen Jahrhundert“

### 4. Umsetzung des „Projekts zur Erneuerung der Berufsbildung und -ausbildung“

Unter anderem soll durch eine Ausweitung der Möglichkeiten zur Erwachsenenbildung lebenslanges Lernen ermöglicht werden. In diese Aktivitäten sollen alle Unternehmen, Institutionen und administrativen Einheiten einbezogen werden.

### 5. Umsetzung des „Projekts zur Reform der Lehre und zur Qualität

### der Lehre an höheren Schulen“

Unter anderem soll ein neues Evaluierungssystem eingeführt werden, dass dem Wandel des Hochschulwesens von einer „Elitebildung“ zu einer „öffentlichen Bildung“ entspricht. Vor 10 Jahren hätten sich nur 2% der Schulabgänger an den Hochschulen eingeschrieben, derzeit seien es 17% und die Rate solle noch auf 20% steigen.

### 6. Umsetzung des „Projekts zur Förderung der Anstellung von Schulabgängern“

Eingeschlossen ist hier auch die Ausrichtung der Bildung an den Anforderungen des Arbeitsmarktes.

### 7. Umsetzung des „Projekts zur Informatisierung der Bildung“

Hier sind u.a. genannt die Entwicklung entsprechender Hard- und Software sowie der Aufbau von Wissenschaftsnetzen (CERNET, CEBSat, China GRID) und die umfassendere Nutzung der modernen Informationstechnologie im Bildungswesen.

### 8. Umsetzung des „Projekts zur Schaffung hochqualifizierter Lehrkräfte und Verwaltungskräfte“

### 9. Verbesserung des Bildungsmanagements und der gesetzlichen Grundlagen.

### 10. Förderung der komplementären Entwicklung von Privatschulen

### 11. Weitere Öffnung des Bildungssystems nach außen

Nicht nur die internationale Zusammenarbeit und der Austausch sollen gefördert und mehr Studenten das Auslandsstudium ermöglicht werden, auch sollen die Bedingungen für Rückkehrer attraktiver gemacht werden. Durch eine bessere Förderung des Bereichs „Chinesisch für Ausländer“ soll der internationale Bildungsmarkt erschlossen werden.

### 12. Reform und Verbesserung der Bildungsfinanzierung

### 13. Förderung des Parteiaufbaus und der ideologisch-politischen Arbeit an den Schulen

### 14. Aufbau eines sozialistischen modernen Bildungssystems mit chinesischen Merkmalen

Hier wird u.a. auf die notwendige besondere Förderung der Bildung in Westchina, in den Gebieten mit nationalen Minderheiten, in den alten revolutionären Basen sowie in den alten Industrieregionen im Nordosten hingewiesen. Außerdem soll der Forderung des NVK folgend ein Entwicklungsprogramm bis zum Jahr 2020 erstellt werden.

Großen Aufschwung hat seit dem letzten Jahr der private Bildungsbe- reich genommen. Nach neuesten Angaben des Bildungsministeriums gibt es derzeit über 70.000 private Schulen mit insgesamt 14,16 Mio. Schülern und Studenten. Darunter gibt es 175 Hochschulen (mit 810.000 Studenten), 1.104 andere höhere Bildungseinrichtungen (mit 1 Mio. Studenten), 1.377 sekundäre technische Schulen (mit 793.100 Schülern), 2.679 obere Mittelschulen (mit 1,41 Mio. Schülern), 3.651 untere Mittelschulen (mit 2,57 Mio. Schülern), 5.676 Grundschulen (mit 2,75 Mio. Schülern) und 55.500 Kindergärten mit 4,8 Mio. Kindern (XNA, 31.3.04). Die Privatschulen haben, so hob das Ministerium hervor, vor allem nach dem Erlass des entsprechenden Gesetzes zugenommen, ein weiterer Aufschwung sei mit den nun veröffentlichten neuen Umsetzungsbestimmungen zu erwarten, die am 1. April 2004 in Kraft treten (RMRB online, 26.3.04; die Regelungen sind abgedruckt in GMRB, 18.3.04). -gs-

### 16 Nationaler Volkskongress: Beschäftigungspolitik und die Rechte der Bauernarbeiter

Von zentraler Bedeutung für die Lebenssituation der Bevölkerung sind die Arbeitsmarktsituation und die soziale Absicherung. Dem ist sich die Regierung voll bewusst, weshalb Mi-

nisterpräsident Wen auch die Schaffung von mehr Arbeitsmöglichkeiten zu einer der größeren Verpflichtungen der Regierung erklärte. „Das für dieses Jahr geplante Ziel ist, 9 Mio. Stadtbewohner neu zu beschäftigen und 5 Mio. Freigesetzte bzw. Arbeitslose wieder zu beschäftigen. Die aktive Beschäftigungspolitik ist weiter durchzuführen.“

Vor allem die Arbeitslosen machen der Regierung Sorgen, darunter die so genannten „Freigesetzten“, d.h. Arbeitskräfte, die in den Staatsbetrieben keine Beschäftigung mehr haben, aber noch nicht formal arbeitslos wurden. Die Schaffung eines funktionierenden Hilfesystems für die Wiederbeschäftigung wurde von Wen daher ebenso hervorgehoben wie die Entwicklung arbeitsintensiver Industrien, von Klein- und Mittelbetrieben, des Privatsektors sowie verschiedener Typen selbstständiger Arbeit. Man müsse das System der Arbeitsvermittlung auch deshalb verbessern, weil dieses Jahr erneut mehr Hochschulabsolventen auf den Arbeitsmarkt drängen.

Ein großer sozialer Konfliktherd in den Städten war im Frühjahr 2003 daraus erwachsen, dass zahlreichen ländlichen Arbeitskräften (*nongmingong*) in den Städten ihre Lohnzahlungen vorenthalten worden waren. Ministerpräsident Wen hatte sich persönlich für die Zahlung der Lohnrückstände stark gemacht. In seinem Bericht forderte er nun, diesem Problem künftig verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Staatsrat habe beschlossen, „innerhalb von drei Jahren das Problem des Verzugs mit der Begleichung von Forderungen bei Bauprojekten und der Zahlung von Löhnen der bäuerlichen Wanderarbeiter im Baubereich im Wesentlichen zu lösen. Die Nachzahlung der Rückstände soll bei den mit der Investition der Regierung finanzierten Projekten ansetzen. Zugleich sollen Unternehmen aller Arten dazu angehalten werden, die Nachzahlung der Rückstände zu beschleunigen. Unternehmen und Unternehmer, die mit der Zahlung der Löhne der bäuerlichen Wanderarbeiter im Verzug sind und sich weigern, diese auszuzahlen, müssen entschieden gemäß dem Gesetz untersucht und bestraft werden. Es gilt, Mechanismen für die rechtzeitige Zahlung der Löhne der bäuerlichen Wanderarbeiter einzuführen bzw. zu

vervollständigen, um neue Rückstände bereits an der Quelle zu verhüten.“

Auf einer Pressekonferenz gab der stellvertretende Arbeitsminister Wang Dongjin bekannt, dass sein Ministerium noch im laufenden Jahr Regeln zur Arbeitsüberwachung und zu Lohnzahlungen entwerfen wolle, die ein Frühwarnsystem einschließen sollen, um Lohnrückstände zu verhindern. Von 2003 bis zum Februar 2004 seien dank der Unterstützung der Regierung über 25 Mrd. Yuan (ca. 3 Mrd. US\$) und damit über 90% der Lohnrückstände an die Bauernarbeiter ausgezahlt worden. Diese sollten auch künftig in die städtische Sozialversicherung einbezogen werden; nur durch die Beendigung der Diskriminierung der derzeit ca. 93 Mio. Wanderarbeiter könne China seinem Ziel eines einheitlichen Arbeitsmarktes näher kommen. Dies sei umso notwendiger, weil auf dem Lande noch weiter 150 Mio. überflüssige Arbeitskräfte bereitstehen, um in den Städten nach Anstellung zu suchen (XNA, 9.3.04, nach BBC EF, 11.3.04; RMRB online, 9.3.04).

Verschiedene Abgeordnete sollen auch auf dem Nationalen Volkskongress für die Rechte der Bauernarbeiter eingetreten sein. Ihre Plädoyers decken sich mit entsprechenden öffentlichen Bemühungen in Chinas Großstädten, den Bauernarbeitern mehr Achtung entgegenzubringen, da sie mit ihrer Arbeit zum Wohlstand der Städter beitragen. Wang Yuancheng, ein Delegierter aus der Provinz Shandong, kündigte an, ein neues Gesetz zum Schutze der Rechte der Bauern, die in den Städten arbeiten, initiieren zu wollen (RMRB online, 15.3.04) -gs-

## 17 Nationaler Volkskongress: Ausbau sozialer Sicherheit

Angesichts der Bedeutung eines umfassenden Systems sozialer Sicherung für die künftige Entwicklung blieben Wens Ausführungen hier erstaunlich kurz. Er sprach sich für die Fortführung der „zwei Gewährleistungen“ (*liangge quebao*) und der besseren Abstimmung der „drei Absicherungslinien“ (*santiao baozhangqian*) aus. Dabei geht es vor allem um die Gewährleistung der Grundunterhaltszahlungen für „freigesetzte Arbeitskräfte“ und der rechtzeitigen und vollständi-

gen Zahlung der Renten. Erstere sollen in das System der Arbeitslosenversicherung integriert werden. Das Rentensystem soll verbessert werden, indem die Beiträge der Arbeitgeber mit den individuellen Konten der Arbeitskräfte verbunden werden und eine Grundrente eingeführt wird; außerdem soll der Deckungsbereich erweitert und „Unternehmen verschiedener Typen“ einbezogen werden. Versuche mit einem System sozialer Sicherung in den Städten, die in der Provinz Liaoning erfolgreich durchgeführt wurden, sollen auf die Provinzen Heilongjiang und Jilin ausgeweitet werden. Und letztlich soll denjenigen Chinesen in Stadt und Land, die in besonderen sozialen Schwierigkeiten stecken, durch den Ausbau der Sozialhilfe und Fürsorge besser geholfen werden.

Wens Ausführungen bestätigen einen Trend, die extreme Fragmentierung im sozialen Sicherungssystem schrittweise aufzuheben. Seit 1986 bemüht sich die VR China um den Aufbau eines außerbetrieblichen Sicherungssystems, um so u.a. die Reform der staateigenen Unternehmen und Arbeitskräftemobilität zu ermöglichen. Allerdings orientierten sich die Reformen zunächst an den vorhandenen Eigentumsstrukturen und sind außerdem auf die Städte beschränkt. Da es an einheitlichen nationalen Ausführungsbestimmungen mangelt, sind weiterhin die lokalen Unterschiede sehr groß und werden von Fachleuten als die eigentlichen Barrieren für Arbeitskräftemobilität betrachtet.

Das Rentensystem, das trotz individueller Konten vor allem ein „pay-as-you-go“-System ist, befindet sich in einer großen Krise. Auch die Mittel aus den Individualkonten werden verbraucht, um die gegenwärtigen Renten zu finanzieren – und die Zahl der Rentner wird angesichts der demographischen Entwicklung im Verhältnis zu den Beschäftigten noch steigen. Die von Wen genannten Versuche in Liaoning, mit denen im Jahr 2001 begonnen wurde, zielen darauf ab, durch das „pooling“ von Mitteln die Individualkonten zu schützen. Langfristig, so meinen Experten, müsse China aber zu einem Kapitaldeckungssystem übergehen. Nur dann werde das Rentensystem auch für die Arbeiter in nichtstaatlichen Unternehmen

attraktiv. Durch die Ausweitung des Deckungsbereichs könnte dann verhindert werden, dass der Anteil der Abzüge an der Lohnsumme immer weiter zunimmt. Nach Schätzungen eines Weltbankökonomens würde er beim jetzigen System bis 2005 auf 27%, bis 2030 auf 45% und bis 2050 auf 60% ansteigen müssen, um alle Rentenzahlungen zu gewährleisten (WSJ, 9.2.04).

Auch die Behandlung der „freigesetzten“ Arbeitskräfte (*xiagang zhigong*) wird sich, wie von Wen angekündigt, künftig ändern. Sie erhalten bisher von den Staatsbetrieben weiter Unterhaltszahlungen und haben auch noch ein Arbeitsverhältnis. Gedacht war, sie über Wiederbeschäftigungszentren, die vielfach von den Unternehmen unterhalten werden, fortzubilden und wieder in den Arbeitsbetrieb einzugliedern. Dies wird allerdings angesichts der fortschreitenden Reform der Staatsunternehmen und der weiteren Verringerung von deren Belegschaften zunehmend unmöglich, so dass die Wiederbeschäftigungszentren schrittweise geschlossen, die Arbeitsverhältnisse beendet und die „Freigesetzten“ wie Arbeitslose behandelt werden sollen. Dann muss sich allerdings auch die Rolle der Arbeitsämter weiter ändern und deren Aufgaben in der Arbeitsvermittlung zunehmen.

Angesichts des Wandels in den Arbeitsverhältnissen und der Zunahme von Teilzeitarbeit hat das Arbeitsministerium neue Regelungen zum Minimallohn herausgegeben, die am 1. März in Kraft traten. Diese definieren zwei Arten von Minimallöhnen, ein monatliches Minimum und ein stündliches. Ersteres soll u.a. die Lebenshaltungskosten und das örtliche Preisniveau, den Durchschnittslohn und die Arbeitsmarktlage berücksichtigen, Letzteres die Abzüge für die Sozialversicherungen und die Arbeitsbedingungen. Unterschiedliche Standards sind auch innerhalb von Provinzen und Städten erlaubt. Die lokalen Gewerkschaften sollen konsultiert werden (XNA, 6.2.04, nach BBC PF, 7.2.04).

Deutlich wird die Gefahr künftiger sozialer Konflikte, wenn man bedenkt, dass bisher nur die Städter über eine Sozialversicherung verfügen; 80% der Chinesen verfügen über keine Ren-

tenversicherung und 90% der Bevölkerung sind nicht krankenversichert. Von besonderer Wichtigkeit, erklärte der Arbeitsminister Zheng Siling auf einer Pressekonferenz, sei daher der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems auf dem Lande. In den entwickelten Küstengebieten habe man damit bereits begonnen, insgesamt werde es aber lange Zeit dauern, bis ein umfassendes System geschaffen sei. Insofern sei derzeit der Schutz des Agrarlandes von größter Bedeutung, da es eben für die Bauern die Grundsicherung biete. Wenn Agrarland anderweitig genutzt werden solle, müssten sowohl die Kompensationen für die Bauern angemessen sein als auch Maßnahmen zu ihrer Beschäftigung getroffen werden (XNA, 9.3.04, nach BBC EF, 11.3.04; XNA, 9.3.04).

Der Nationale Volkskongress machte die Bedeutung der sozialen Sicherung durch zwei Änderungen in der Verfassung deutlich. In Artikel 14 wurde Absatz 4 hinzugefügt: „Der Staat baut ein Sozialversicherungssystem, das dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht, auf und verbessert dies.“ Und in Artikel 10 wurde in Absatz 3 zur Landnutzung die Pflicht zur Entschädigung ergänzt: „Der Staat kann sich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen Grund und Boden aneignen und beanspruchen, wenn dies öffentliche Interessen erfordern, wobei Entschädigungen geleistet werden.“ (Alle Änderungen unter <http://www.10thnpc.org.cn/german/103517.htm>) -gs-

## 18 Vogelgrippe besiegt

Am 16. März hat China den Kampf gegen die Vogelgrippe für beendet erklärt. Laut einem Sprecher des Landwirtschaftsministeriums seien alle 49 bestätigten Fälle ausgerottet und seit einem Monat habe es keine neuen Erkrankungen von Tieren mehr gegeben. Zugleich warnte er jedoch davor, durch Nachlässigkeiten die Seuche wieder auftreten zu lassen, zumal sie in anderen Ländern wie Thailand noch nicht besiegt ist. Insgesamt hatte Beijing neun Millionen Stück Geflügel schlachten lassen. Zu einer Übertragung auf Menschen war es nach chi-

nesischen Angaben nicht gekommen (HB, 17.3.04; FT, 17.3.04).

Zur künftig besseren Vorsorge und Behandlung von Infektionskrankheiten hat der Staatsrat am 16. März eine Ergänzung des entsprechenden Gesetzes vom September 1989 angenommen (XNA, 16.3.04, nach BBC PF, 18.3.04). Dass Krankheiten wie SARS oder AIDS die VR China überhaupt so hart treffen konnten, nachdem man nach 1949 sich über 30 Jahre intensiv um den Aufbau eines öffentlichen Gesundheitswesens bemüht hatte, führt der Gesundheitsexperte Li Liming, Direktor des nationalen Zentrums für die Kontrolle von Krankheiten, auf die dramatische Vernachlässigung des Gesundheitswesens, auf mangelnde Investitionen und falsche Entwicklungsansätze zurück. Trotz steigender absoluter Investitionen seit 1992 sei der Anteil der Gesundheitsausgaben am Haushalt gesunken und habe in den Jahren 1995/96 seinen Tiefpunkt erreicht. Da die Ausgaben vor allem lokal getätigt würden, haben sich große regionale Ungleichheiten entwickelt. Vor allem SARS habe dies traumatisch deutlich gemacht. Jetzt habe die Regierung die Bedeutung des öffentlichen Gesundheitswesens erkannt und auch in der AIDS-Frage eine Wende vollzogen (XNA, 3.3.04). -gs-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 19 China gewinnt als Absatzmarkt und Produktionsstandort für deutsche Unternehmen weiter an Bedeutung

Auch deutsche Unternehmen profitieren vom enormen Importbedarf Chinas. Im Durchschnitt stiegen die Einfuhren im Jahr 2003 um 39,9% auf 412,8 Mrd. US\$. Importe aus Deutschland nahmen nach ersten Schätzungen im Vergleich zum Vorjahr um 26% zu und erreichten ein Niveau von 18,3 Mrd. Euro. (NfA, 24.2.04) Im Jahre 2002 lagen die Einfuhren aus Deutschland bei einem Wert von 14,5 Mrd. Euro.

Für den deutschen Großanlagenbau stand China mit einem Bestellvolu-